

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danzig. Pfennig
mit „Volk und Zeit“ 20 Pfennige

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 43

Freitag, den 20. Februar 1925

16. Jahrgang

Geschäftsstelle: Danzig, Im Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Drucksaachen 3290

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,60 Gulden,
in Deutschland 2,00 Gulden, durch die Post 2,50 Gulden
monatlich. Auslagen: die Seite 0,30 Gulden, Re-
klamageld 1,50 Gulden, in Deutschland 0,20 und 1,50 Gold
nach dem Danziger Looskurs.

Der Kampf um die preußische Regierung.

Heute naht für die Regierung Marx die entscheidende Stunde. Wenigstens sagt das die Rechtspresse, die bereits von einem „voraussetzlichen Sturz des Kabinetts Marx“ spricht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Prophezeiung Wirklichkeit wird, aber daß damit bereits die endgültige Entscheidung über die Regierung Marx gefällt ist, dürfte u. E. ein großer Irrtum sein.

Die kommunistisch-volksparteilich-deutschnationale Opposition hat sich in den letzten Wochen schon einmal den Sturz einer Regierung geleistet und die Bildung eines neuen Kabinetts Braun verhindert. Als aber das Porzellan zerbrach, hörte die Gemeinschaft dieser Opposition auf, und im Verein mit der Sozialdemokratie mußten das Zentrum und die Demokraten eine neue Regierung auf die Beine stellen. Die Opposition kann also zwar Regierungen kürzen und jede praktische Verwaltungsarbeit verhindern, aber sie ist nicht in der Lage, an Stelle des gestürzten Kabinetts ein neues Ministerium zu setzen. So war es gestern, so ist es heute, und damit ist für die Koalitionsparteien die Zukunft für die nächsten Wochen von selbst gegeben. Stirbt die Regierung Marx heute, dann muß und wird die Koalition am 3. März einen neuen Ministerpräsidenten wählen, und dieser Ministerpräsident kann nicht anders heißen als Dr. Wilhelm Marx.

Bei den Fraktionen des preußischen Landtages herrscht nach dem Verlauf der gestrigen Debatte über die Regierungserklärung der Eindruck vor, daß sich die Gegenkräfte zwischen den Regierungsparteien und den Oppositionsparteien fast noch verschärft haben, und daß es für die heutige Abstimmung auf jede einzelne Stimme ankommt. Es wird ausschließlich auf die Besetzung des Hauses ankommen, ob das Kabinetts Marx eine Mehrheit erhält oder in der Minorität bleibt.

Der preußische Ministerpräsident Marx.



Reichspräsident und Barmat.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages trat am Donnerstag wieder zusammen. Vornommen wurden Staatssekretär Meißner und der frühere Unterstaatssekretär Döpler. Staatssekretär Meißner erklärte, daß er aus Eigenem nicht viel sagen könne. Er sei nur einmal zufällig mit einem der Barmats zusammengekommen, wisse aber aus den Mitteilungen des Reichspräsidenten genau, ob und welche Beziehungen dieser zu den Barmats unterhalten habe. Am 2. April 1919 hätten einige bekannte Politiker Herrn Barmat auf dem Internationalen Kongress in Amsterdam kennengelernt. Von diesen sei Barmat im Mai 1919 dem Reichspräsidenten angeführt worden, um ihm ein Schreiben politischer Inhalts zu übergeben. Am 15. Mai habe der Reichspräsident Herrn Barmat zusammen mit diesen politischen Persönlichkeiten in seinen Privaträumen empfangen, um ihm die Antwort auf das Schreiben zu übergeben. Seit der Zeit habe der Reichspräsident niemals wieder einen der Barmats gesehen. Er wisse das ganz genau, weil jeder Besucher des Reichspräsidenten, sei es, daß er in amtlicher oder privater Eigenschaft komme, eingetragen werde. Ein einziges Mal sei eine Siebesgabe in die Frau des Reichspräsidenten von Barmat gekommen. Frau Ebert habe es aber (im Mai 1919) sofort wieder zurückgegeben. Genaue Kenntnis der Silberrnen Hochzeit des Reichspräsidenten habe Barmat einem Blumenstrauß überreicht, und dafür habe der Reichspräsident wie allen anderen Gratulanten auch ihm in der üblichen Weise gedankt. — Abg. Pflüger fragte, wie lange mit dem Empfehlungsschreiben von Krüger Mißbrauch getrieben werden konnte. Der Junge antwortete, daß ein Mißbrauch schon deshalb ausgeschlossen gewesen sei, weil diese Empfehlungsschreiben immer an der Grenze abgenommen worden seien. Auf eine Frage des Abg. Damm, ob der Reichspräsident nicht auch mit anderen Engländern über Barmat gesprochen haben könne, erklärte Junge, daß er das für ausgeschlossen halte. — Abg. (Erg.) fragt, wer der Abender des Briefes war. Der Barmat dem Reichspräsidenten überreichte hatte. Nachdem der Vorsitzende erklärt hat, daß der Name dieser Persönlichkeit in der Öffentlichkeit nicht genannt werden soll, erklärt Staats-

sekretär Meißner, daß der Name dieser politischen Persönlichkeit der Sozialistenführer und internationale Sekretär Hunsman war. Abg. Schred fragt, ob die Abneigung des Reichspräsidenten gegen Barmat vielleicht in Zusammenhang stehe mit dem Versuch Barmats, ein Siebesgabepaket an Frau Ebert zu überreichen, was vielleicht Herrn Ebert besonders unangenehm berührte. Staatssekretär Meißner erwidert, daß er positives darüber von Herrn Ebert nicht erfahren habe; er habe aber das Empfinden, daß das mit einer der Gründe der Abneigung des Präsidenten gegen Barmat gewesen sei.

Die Quittung der Bürgerblock-Regierung.

Eine unsoziale Steuerreform.

Die deutsche Reichsregierung, in der bekanntlich die Deutschnationalen neben der großkapitalistischen Streikmann-Partei den maßgebenden Einfluß besitzen, hat sich nunmehr dem deutschen Volk auch offen als die Sachwalterin des Großkapitals offenbart. Sie hat dem Reichstag eine Steuerreform vorgelegt, deren wichtigstes Kennzeichen eine weitgehende Schonung des Reichtums ist, während die Arbeitnehmer auch weiterhin die drückenden Steuern aus der Inflationzeit tragen sollen. Nach dem neuen Einkommensteuergesetz wird ein Familienvater mit zwei Kindern bei 2000 Mark Jahreseinkommen 5 Prozent an Steuern zahlen, also erheblich mehr als vor dem Kriege. Bei 5000 Mark Jahreseinkommen beträgt die Steuerlast 6,2 Prozent, und schließlich empfangt der arbeitende Arbeiter ein und erhöht sich bei 8000 Mark auf nur 6,5 Prozent. Besonders tritt der unsoziale Charakter der neuen Steuerreform bei der Vermögens- und Erbschaftsteuer hervor. Die Steuerlast für die kleinen Vermögen bleibt in der alten Höhe bestehen, während die Höhe für die großen Vermögen um die Hälfte ermäßigt werden. So kommt es, daß ein Kleinkapitalist mit 50 000 Mark ebenso viel Vermögenssteuer bezahlen muß, wie der zehnfache Millionär. Bei der Erbschaftsteuer bleibt es bei der Ungerechtigkeit. Besonders trüblich ist die steuerliche Begünstigung des Kapitalisten beim Vermögenssteuergesetz in Erscheinung. Hier bleibt die skandalöse Bestimmung aufrechterhalten, daß von der Erbschaft eine Steuer nicht gezahlt werden braucht, wenn der Verstorbene sein Vermögen dem Ehegatten vermachte. Be-

kannlich wurde beim Tode Stines nicht ein Pfennig Erbschaftsteuer gezahlt, da Stines sein gesamtes Vermögen seiner Frau vermacht hatte. Hier handelt es sich um einen offenkundigen Betrug am Staat, der nunmehr durch die Bürgerblockregierung sanktioniert wird.

Caillaux gegen die Nationalisten.

Caillaux hat auf einem zu Ehren von Malvy und Caillaux gegebenen Festessen durch eine große politische Rede seinen Wiedereintritt in die Politik vollzogen. Der erste Teil seiner Rede beschäftigte sich mit der Finanzlage Frankreichs und der Politik Herrriots. Herrriot habe in London eine neue Atmosphäre hergestellt. Caillaux wandte sich dann gegen die Nationalisten, die weder den Krieg verhindern, noch ihn vor einem Vernichten des Landes beenden konnten. Diese Politik war unfähig, einen Sieg zu erringen, von dem sie überrascht wurde. Die Männer, die uns regierten, haben nicht einen Augenblick die große Politik der Verständigung mit dem Besiegten ins Auge gefaßt. Auf den Hals läßt sich nichts Dauerhaftes aufbauen, man muß entweder seinen Feindvernichten oder sich mit ihm verständigen. Aber man hat es nicht gemagt, diesen Gedanken in die Tat umzusetzen, sondern eine Politik ohne Ziel betrieben. Der militärische Sieg wird mit einer finanziellen Niederlage enden. Das sage ich den Nationalisten.

Abgeordneter Malvy, der nach Caillaux sprach, sagte in seiner Rede: Er habe seinerseits die Freiheit aufrecht erhalten wollen und gefordert, daß die Generalstäbe die Rechte und Freiheiten des Volkes respektieren. Die Wiberhände, die sich dagegen aufgeworfen hätten, seien von ihren Wiberhänden herabgeworfen. Das Volk habe am 11. Mai gesprochen. Herrriot habe die Regierung übernommen als Führer des Kartells der Linken. Das werde er bleiben oder er werde nicht mehr sein.

Englands Luftmilitarismus.

Der Vorschlag für die Luftstreitkräfte Englands sieht für 1925 eine Erhöhung auf 21 319 000 Pfund gegen 1922 000 Pfund im Jahre 1924 vor, einschließlich 2 Millionen für Luftschiffe. Die gegenwärtige Stärke der Flugszeuge beträgt neben den Schulleichtern 64 Geschwader, von denen 8 im Irak, 6 in Indien, 4 in Ägypten und Palästina stationiert sind; 18 dienen der Verteidigung des Mutterlandes, 7 sollen im kommenden Jahre dazu kommen. Die Zahl der Mannschaften soll von 10000 auf 36 000 erhöht werden. Die Luftstreitkräfte werden ständig vergrößert und mit den modernsten Maschinen ausgestattet.

Die Schulreaktion in Danzig.

E. L. Danzig, den 20. Februar 1925.

Es bleibt alles beim alten! Das ist das Ergebnis der mehrjährigen Beratungen des Hauptausschusses über den Etat für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Wenn sich eine Senatsabteilung als Fortsetzung der ehemaligen reichlich-königlichen Regierung fühlt, dann ist es die Kultusabteilung. Trotz oder vielleicht auch wegen ihres „liberalen“ Senatsstrunk. Der schwarz-blaue Block hat ihn als Konzeptionschulzen an das liberale Bürgertum zwar mit in die Regierung übernommen, aber die Schwegmann und Kurowski wußten sehr wohl, daß dieser liberale Kultusminister im Begehr der schwarz-blauen Reaktionsweise keine freimütigen Vorschläge machen wird. Für alle Fälle wurden als weitere Rückversicherung gegen etwaige liberale Anwendungen dem Kultusminister noch einige Regierungsräte aus der ehemaligen reaktionären preussischen Schulverwaltung auf die Nase gesetzt. Im übrigen aber steht die schwarz-blaue Kulturreaktion dem Senator Strunk ganz gern auf seinem Posten, weil er lebenswürdige Umgangsformen hat und weil durch diese liberale schillernde Fassade der Defensivität das dunkle Mittelalter im Innern der Kultusabteilung des Senats verborgen bleibt.

Die Danziger Verfassung übernahm aus der Weimarer Verfassung die Bestimmungen über die Einführung der Grundschule. Das Schulwesen war früher in Deutschland und ist zum Teil auch heute noch nach dem Einkommensverhältnissen der Eltern gegliedert. Die höheren Schulen waren ausschließlich Ständeschulen für die Kinder der Besitzenden. Durch die Weimarer Verfassung und damit auch durch die Danziger Verfassung wurde theoretisch wenigstens zu einem Teil mit dem Klassencharakter der Schulen aufgehoben, indem für alle Kinder der gemeinsame Besuch der Grundschule festgelegt wurde. Die bisherigen Vorurteile, die die Kinder der Besitzenden auf den Besuch der höheren Lehranstalten vorbereiteten, wurden aufgehoben. Eine alte Forderung der Volksschullehrerschaft schien damit in Erfüllung zu gehen. Aber sofort setzte auch die Sabotage dieses Schulfortschrittes durch die besitzende Klasse ein, deren Ständesinn es als unerträglich findet, daß ihr jährlicher Schulbesuch zusammen mit dem Kind des Arbeiters eine gemeinsame Schulbank brüchen soll. Durch ärztliches Attest können die Kinder vom Besuch der Grundschule befreit werden. In der Stadt und auf dem Lande ist dieses Hintertürchen von den Besitzenden auch reichlich benutzt worden. Das ausgerechnet der Besuch einer Grundschule gesundheitsförderlich sein soll, (natürlich nur für die Kinder der Besitzenden) zeigt, wie sehr gewisse Kreise ihre Wissenschaft zugunsten der besitzenden Klasse profittieren. Es hat nach Aussage des Senators Dr. Strunk immerhin 500 Schulkinder im Freistaat, die auf diese Weise vom Besuch der allgemeinen Grundschule ferngehalten werden. Dafür werden dann von den Eltern sogenannte Familienkassen eingerichtet, deren höchst ungünstige Schülerzahl 5 beträgt. Natürlich sind die Unterrichtsmittel in diesen Privatschulen außerordentlich beschränkt, da dieselben vom Staat keine Unterstützung empfangen. Die Sozialdemokratie mißte bei den Etatberatungen auf alle diese Mißstände hin und forderte die völlige Aufhebung dieser Privat- und Familienkassen. Die Deutschnationalen als die unerbittlichen Vertreter der besitzenden Klasse, insbesondere

die Agrarier erklärten sich gegen diese sozialdemokratische Forderung. Der deutschnationale Abg. Pfarrer Böhm forderte vielmehr noch staatliche Erleichterungen für die Familienschulen auf dem Lande. Er stimmte ein großes Mitleid über die schlechten Verhältnisse der Landeskinder an, die es vielen Eltern unratam erscheinen lassen, ihre Kinder in die gemeinsame Volksschule zu schicken. Die Kinder der Landarbeiter können ja die langen beschwerlichen Wege machen, können auch stundenlang in den häufig überfüllten Schulräumen zubringen. Dagegen findet dieser Vertreter des Christentums kein Wort. Aber den Kindern der Besitzer und Pfarrer sollen auch diese Unannehmlichkeiten erspart bleiben. Mit Recht wurde von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen, daß die Deutschnationalen der Sozialdemokratie immer den Klassenkampf zum Vorwurf machen und angeblich immer für die Volksgemeinschaft eintreten. Wo sie aber Gelegenheit haben, ihre Phrase von der Volksgemeinschaft in die Tat umzusetzen, wie bei der Schule, sträuben sie sich dagegen und treten weiter für die Trennung des Schulwesens in Geldfach-Schulen und Armut-Geldfach-Schulen ein.

Nach der Danziger Verfassung sind die Vermittel in den Schulen frei. Bisher ist diese Bestimmung der Verfassung jedoch noch nicht durchgeführt. Selbst in den Volksschulen wird versucht, die aufgewandten Gelder für die Vermittel von den Eltern wieder einzuziehen. Es sind Fälle vorgekommen, in denen der Lehrer die Bedürftigkeit zum Bezug der freien Vermittel verweigerte, weil die Väter der Kinder in Arbeit standen und daher wahrscheinlich zu den begünstigten gerechnet wurden. Die Schuld für diesen Mißstand trägt in erster Linie der Senat, indem er bisher die allgemeine Anwendung der Verfassungsbestimmung verweigerte. Vermittel werden bisher nur zu 30 Prozent frei gewährt.

Eine lebhafteste Aussprache fand auch über die Pflege der Leibesübungen ein. Von links war beantragt worden, die im Etat eingezeichnete Summe von 10 000 Gulden für Reichsausschüsse an leistungsschwache Gemeinden zur Anlage von Spiel- und Sportplätzen zu erhöhen. Auch hiergegen wandten sich die Vertreter der Deutschnationalen und erklärten, daß die Förderung des Sportwesens Sache der Gemeinden sei. Hier wiesen die Vertreter der Sozialdemokratie darauf hin, daß Agrarier in den ländlichen Gemeinden die deutschnationalen Agrarier die festesten Gegner einer Förderung der Sportbetreibungen sind. Allenfalls haben sie noch Geld für die Unterstützung der sogenannten vaterländischen Verbände, wie Jungdeutscher Orden, übrig, deren Jugendpflege ausschließlich in der Veranstaltung von militärischen Aufzügen, Paraden- und Manöverübungen besteht. Der „deutsche Geist“ und „Charakter“ aber wird von diesen vaterländischen Erziehern so gepflegt, daß die jungen Leute, die zum größten Teil Besitzersöhne sind, sich auf Veranlassungen maßlos betrinken und dann den wüsten Rabau veranstalten. Als kürzlich ein Trupp dieser vaterländischen Jugendbänder im Großen Werder zur Heimreise die Eisenbahn benutzte, demotierten und beschmutzten sie einige Eisenbahnwagen in nicht wiederzugebender Weise, so daß sie von der Verwaltung zum Schadenersatz herangezogen wurden. Diese Jugendpflege aber erscheint unsern Deutschnationalen als die beste. Sebstverständlich die jungen Leute sind, um so besser sind sie für

den Kampf gegen die Sozialisten und Republikaner zu vermeiden. Wahrhaft spottliche Betätigung, die eine harmonische Ausbildung des Körpers und Geistes fordert, und die jolige Alkoholergüsse vermeidet, ist für die deutschnationalen Agrarier eine überflüssige Sache.

Büßig im argen liegt auf dem Lande auch noch die Fortbildungsschule. Auch daran trägt die Sabotage der deutschnationalen Agrarier und Anwesensträger die Schuld. Diese wollen die jungen Arbeiter und Lehrlinge reiflos ansäubern und sehen daher den Besuch einer Fortbildungsschule als eine überflüssige Sache an. Bisher sind Fortbildungsschulen außer in Danzig errichtet worden in Joppot, Oliva, Prank, Ohra und Tiegenhof. Die Errichtung einiger weiterer ländlicher Fortbildungsschulen soll in Aussicht genommen werden. Statt nun dafür einzutreten, daß dieses im weitesten Maße geschieht, machen Zentrum und Deutschnationalen einen Vorstoß nach der Richtung hin, daß die Einführung des Religionsunterrichtes in den Fortbildungsschulen forderbar. Der Abg. Esfeldt stimmte eine bewegte Rede über die sittliche Vermahnung der heutigen Jugend an und meinte, daß dieser Mißstand am besten durch den Religionsunterricht behoben würde. Die Deutschnationalen unterstützen natürlich diese Zentrumforderung. Von einer Vermehrung der Religionsstunden in den Gymnasien oder der Einführung der Religion an der Hochschule war sonderbarerweise keine Rede. Es scheint, als wenn auch heute noch die Religion nur dem Volke, d. h. der Arbeiterklasse, erhalten bleiben muß. Den gleichen reaktionären Tendenzen entsprach auch die Forderung der Reichsparteien, daß in den Volksschulen der Mädchen der hauswirtschaftliche Unterricht mehr gepflegt werden sollte. Eine deutschnationalen Abgeordnete wollte sogar das letzte Schuljahr der Mädchen nur für den hauswirtschaftlichen Unterricht reserviert wissen. Natürlich würde durch solche übermäßige Ausdehnung dieses Unterrichtsfaches die übrige Geistesbildung der Volksschülerin beeinträchtigt werden. Das macht den Schul-Reaktionären aber kein Kopfschmerzen. Je unruhiger die Volksschülerinnen beim Verlassen der Schule sind, je vortheilhafter scheint es den Deutschnationalen. Wenn sie nur recht gut das Kochen, Waschen und Wollwäscherei verüben, damit es wieder genügend Hauspersonal für die besitzende Klasse gibt. Die Deutschnationalen gaben auch offen zu, daß der Zweck ihrer Anregung der sei, daß durch die Schule recht viele Dienstmädchen herangezogen werden.

Einer der annehmbarsten Paragraphen unserer Verfassung über das Schulwesen lautet: Beim Unterrichte in öffentlichen Schulen ist Bedacht zu nehmen, daß die Erfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden. Diese Verfassungsbestimmung ist zu einem großen Teil bisher auf dem Papier stehen geblieben. Manche Lehrer erzählen ihren Kindern noch immer dieselben Grindel-Geschichten über die Sozialdemokratie wie zu der Zeit, als sie noch dem Königlich preussischen Kultusministerium unterstanden.

Trotzdem im Etat des Senators Strauß eine besondere Summe zur Verteilung von Vordrucken der Danziger Verfassung zur Verteilung an die Schulen angefordert worden ist, scheinen manche Lehrer auch noch immer nicht zu wissen, daß Danzig eine Republik ist. Sie kümmern sich in der Schule die republikanische Staatsform und sprechen noch immer wie der Rektor Falkenberg von dem „erlaubten Herrscherstand der Hochschüler“. Auch in amtlicher Beziehung verhalten sie die Kinderherzen zu verärgern. So besah ein Dornlehrer es fertig, die Kinder aufzufordern, beim Spiel auf den Segler zu drei gehen, als wenn sie einen Soldaten vor sich hätten. Ein altberühmter Professor an einem hiesigen Gymnasium spricht noch immer von den „verübten Engländern“. Die Deutschnationalen rüdeln überfallen hiesigen Lehrer nicht nur nicht zu wissen, daß die deutschnationalen Führer ganz unabhängig England als einen zukünftigen Bundesgenossen Deutschlands bezeichnet haben. Von sozialdemokratischer Seite wurde Herr Schwesmann dem auch angefordert, seinen Parteimitgliedern im Parteiveranstaltungsbüro die hiesige Schwesmann der Deutschnationalen mitzuteilen.

Die wenig die Danziger Schulverwaltung dem Geiste und Wortlaut der republikanischen Verfassung entspricht zeigt sich besonders bei dem Vordruck der Reichsverfassung und des angeblich dem Reichspräsidenten Strauß als die Sozialdemokratie eine Umkehrung des Anstalts-Wilhelm-Gymnasiums in Danzig ist. Trotzdem man nie etwas davon gehört hat, daß dieser Vordruckverteilung, der sich einige Zeit in Danzig als Vordruck und Reichsverfassung befindet, inzwischen mit Veränderten zu tun gehabt hat, sondern natürlich die Vertreter der Deutschnationalen und des Reichspräsidenten für die Deutschnationalen hiesiger monarchistischer Schulverwaltung ein. Das jedoch ist die ehemalige monarchistische Kultusminister ein Mitglied der

über ankunfte, daß man in Deutschland in den öffentlichen Institutionen zu schnell die monarchistischen Inheitszeichen beiseite geräumt habe, zeigt die Einstellung dieses Mannes, der seine bessere Ueberzeugung verläugnet, wenn er damit nur seinen deutschnationalen Wählern einen Dienst erweist. Dann sollte er aber auch so konsequent sein und Mitglied der Deutschnationalen werden. Gerade in den Fragen der Bestimmung ist eine Klarheit des Geistes notwendig. Wenn sich der Senator Strauß zu dieser Klarheit nicht durchringen kann, wird er es sich gefallen lassen müssen, als ein Empfänger der Reaktion in Danzig zu gelten. Und die verkappten Begleiter sind am schärfsten zu bekämpfen.

Das Band.



Stille, was dies Herz empfindet,
Reize frei mit deine Hand,
Neb des Band, das uns verbindet,
Sei kein schwaches Rojenband!

Der polnische Vobereformplan.

Die polnische Regierung hat dem Seim jetzt das Projekt zur Durchführung der Vobereform angeden lassen. Ueber die Einzelheiten selbst S. L. S. Danach sollen jährlich zweihunderttausend Hektar Land parzelliert werden. Von der Parzellierung ausgeschlossen sind Wälder in einer Ausdehnung von mindestens 50 Hektar, in den Dörfern von 100 Hektar, Gärten im Umfange von 3 Hektar, andere Teile im Umfange von mindestens 20 Hektar. Das Minimum der von der Parzellierung freien Grundstücke beträgt in Gutsdistrikten und Stadtdistrikten 50 Hektar. In anderen Distrikten sind von der Parzellierung freie Grundstücke unter hundert Hektar.

Die Besitzgröße der von der Parzellierung frei ist darf nicht mehr als hundertachtzig Hektar betragen. Die Größe der neu parzellierten Grundstücke darf höchstens 20 Hektar betragen. Die Parzellierung darf nicht in Gutsdistrikten und in Stadtdistrikten vorgenommen werden. Die Parzellierung darf nicht in Gutsdistrikten und in Stadtdistrikten vorgenommen werden.

Die Parzellierung ist in Gutsdistrikten und in Stadtdistrikten vorgenommen werden. Die Parzellierung darf nicht in Gutsdistrikten und in Stadtdistrikten vorgenommen werden. Die Parzellierung darf nicht in Gutsdistrikten und in Stadtdistrikten vorgenommen werden.

den Bismarckentwurf einzustellen, da der Regierungsentwurf bereits dem Seim vorgelegt worden sei. Der Antrag des Ministers wurde jedoch abgelehnt. Hierdurch fällt die Bodenreformminister beleidigt. Vizepremier Thunau versuchte einen Ausweg zu schaffen, was ihm bisher nicht gelungen ist. Thunau will mit den Mitgliedern des Landwirtschaftsausschusses noch einmal verhandeln. Sollte es wieder ergebnislos sein so würde der Bodenreformminister hieraus seine Konsequenzen ziehen.

Die Stahlhelmwahlen in Braunschweig.

Ueber den schwarz-weiß-roten Terror bei den Braunschweigischen Gemeindevahlen am letzten Sonntag wird der „Post-Zeitung“ gemeldet:

Die Großindustrie engagierte für die Wahlpropaganda die gesamte Stahlhelmorganisation. Sämtliche Zeitungen des Landes — mit Ausnahme zweier sozialdemokratischer Blätter — traten in den Dienst dieser bezahlten Propaganda. Sämtliche Gassen wurden mit Beschlag belegt. Kennzeichnend ist folgender „Wahlbefehl“ des Stahlhelms, der überall angeschlagen wurde:

Die Ortsgruppen stehen am Wahltag von 8 Uhr vormittags ab bis zur Beendigung der Wahlhandlung im Dienste der vaterländischen Volkstreue; die Führer treffen schon jetzt die genaue Diensterteilung. Sämtliche im vaterländischen Wahlbienstand befindlichen Kameraden legen Stahlhelmkleidung an und übermachen nicht allein vor, sondern auch innerhalb der Wahllokale die Wahlhandlung.

Und richtig, am Sonntag hatte das ganze Land Braunschweig schwarz-weiß-rot geflaggt. Jedes Auto war schwarz-weiß-rot geschmückt, vor jedem Wahllokal traten um 8 Uhr früh je 50 Mann Stahlhelm-Jungen im geschlossenen Zuge, das Ehrhardt-Lied singend, an. Die Hälfte von ihnen blieb vor der Tür, die andere Hälfte marschierte ins Wahllokal und blieb dort bis zum Abend, ununterbrochen ihre Stahlhelmlieder singend und schwarz-weiß-rote Fahnen schwenkend.

Der braunschweigischen Industrie haben diese Stahlhelmwahlen viele Hunderttausende, wenn nicht Millionen Mark gekostet. In den Dörfern gab es am Vorabend Freibier, und die Geschäftsleute in der Stadt wurden mit gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Boykott bedroht. So kam es zu dem „Steg der gerechten Sache“.

Jurisdiktion der Ruhrmilitionen.

Eine Forderung der Sozialdemokraten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, gemäß Ziffer 34 der Reichsverfassung einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, mit der Aufgabe, die an die Ruhrindustrie geflohen und zum Teil ausgeschlichen Beiträge zwecks Rückhaltung an das Reich festzustellen. Der Antrag soll am Freitag zur Debatte gestellt werden.

Die Berliner Blätter melden, wird die Staatsbankrottatät sich heute an den Reichstagspräsidenten wenden und eine Beschluß des Reichstages erbitten, durch den die Immunität des Abgeordneten Lange-Begermann aufgehoben wird, da gegen ihn unumkehrbar das Ermittlungsverfahren durchgeführt werden soll.

Rumänien's Maßnahmen.

Blättermeldungen aus Bukarest zufolge wurde in der letzten Ministerkonferenz beschlossen, über den Konflikt mit Deutschland ein Grünbuch herauszugeben, das alle auf diesen Streitfall bezüglichen Dokumente enthalten soll. Ferner wird berichtet: Die rumänische Regierung werde zu keinen Anweisungen von Deutschen, sondern zu wirtschaftlichen Maßnahmen greifen. Die Rede Dr. Stresemanns im Reichstagsausschuß werde Finanzminister Bracon in der nächsten Kammer Sitzung beantwortet.

Waffenstreik in Schanghai. Die Eingeborenenpolizei verordnete gestern gemeinsam mit der Kolonialpolizei an der Gebietsgrenze eine Versammlung von Streikenden, wobei 16 Leute verhaftet wurden. Nach amtlichen Angaben befinden sich 30 000 Spinnerarbeiter im Auslande, wodurch 22 japanische Handelsniederlagen in Mitleidenschaft gezogen sind.

Entschädigung für die „Lusitania“. Der Omann der deutsch-amerikanischen Kommission gab als Entschädigung dieser Kommission bekannt, Deutschland sei verpflichtet, die Schäden zu ersetzen, die in Amerika lebende Angehörige englischer bei der Versenkung der „Lusitania“ ums Leben gekommener Unterthanen erlitten haben. Die Kommission gab ebenfalls bekannt, daß die verschiedenen ländergerichtlich anerkannten Forderungen amerikanischer Bürger die Summe von 704 000 Dollar ausmachen.

„Siegfried“.

Danziger Stadtheater.

Das Stück: „Siegfried“ von Wagner. (S. 1.)

Das gelungene Dirigentenstück Cornelius hat es in solchem Maße den hohen Erwartungen, die durch die Generalprobe weckte als auch der allgemeine Ruf der hiesigen Musiker von seiner Fähigkeit in Erwähnung zu bringen. Was nun in den meisten Fällen, die ihm zu seinem Gehalt zur Verfügung stehen, erreicht hat, ist ein durch nichts zu überbietender Bereich seines außerordentlichen Talents in der jeder Richtung, und wenn es ihm auch nicht vergönnt war, bei uns an hiesigen Theatern wieder in Erscheinung zu treten, so ist doch die Erwähnung seiner Verdienste zu wagen, so hat das Danziger Theater durch die Aufführung des „Siegfried“ eine überaus glückliche Stunde erlebt. Das Stück hat sich bei uns zu wackeren Händen bewiesen, das es, wenn es demnächst auftritt, zeigen kann, daß es ein derartiges Kunstwerk ist, das nicht nur die Aufmerksamkeit der hiesigen Theaterwelt, sondern auch die der auswärtigen Theaterwelt auf sich ziehen wird. Die Aufführung des „Siegfried“ hat sich bei uns zu wackeren Händen bewiesen, das es, wenn es demnächst auftritt, zeigen kann, daß es ein derartiges Kunstwerk ist, das nicht nur die Aufmerksamkeit der hiesigen Theaterwelt, sondern auch die der auswärtigen Theaterwelt auf sich ziehen wird.

ganz anders als sonst an dieser Stelle. Cornelius hat es in solchem Maße den hohen Erwartungen, die durch die Generalprobe weckte als auch der allgemeine Ruf der hiesigen Musiker von seiner Fähigkeit in Erwähnung zu bringen. Was nun in den meisten Fällen, die ihm zu seinem Gehalt zur Verfügung stehen, erreicht hat, ist ein durch nichts zu überbietender Bereich seines außerordentlichen Talents in der jeder Richtung, und wenn es ihm auch nicht vergönnt war, bei uns an hiesigen Theatern wieder in Erscheinung zu treten, so ist doch die Erwähnung seiner Verdienste zu wagen, so hat das Danziger Theater durch die Aufführung des „Siegfried“ eine überaus glückliche Stunde erlebt. Das Stück hat sich bei uns zu wackeren Händen bewiesen, das es, wenn es demnächst auftritt, zeigen kann, daß es ein derartiges Kunstwerk ist, das nicht nur die Aufmerksamkeit der hiesigen Theaterwelt, sondern auch die der auswärtigen Theaterwelt auf sich ziehen wird.

Sührung und nicht so geschickt pointiert wie bei Succini. — Die Aufführung leitete Generalmusikdirektor Busch, der das Stück aus Italien mitgebracht hatte, selber. Tino Patella, Nicola Sememeyer und Friedrich Blaise waren Träger der Hauptrollen und blieben dem Werk nicht schuldig. Sie in Gemeinschaft mit den zahlreichen übrigen Mitwirkenden, die zum Teil gelungenen Tönen der verrotteten herrschenden Gesellschaft und des im Stück ziemlich geschäftig gezeichneten angedehnten Volkes schienen, verhalten unerschrocken dem Dichter, dem Herr Jordano zu einem lauten, wenn auch etwas kalten Erlöge.

Die „verwundete“ Kritik. In der „Postischen Zeitung“ war im Sommer des Jahres 1781 folgende Kritik zu lesen: „In Wahrheit wieder einmal ein Produkt, das unseren Zeiten Schande macht. Mit welcher Einnahme ein Mensch das solche Unfug schreiben und drucken lassen, und wie muß es in seinen Kopf und Herz ansetzen, der solche Gebarien seines Geistes mit Wohlgefallen betrachten kann! — Doch wir wollen nicht beklammern. Der 167 Seiten voll eifriger Wiederholungen gottelasterlicher Ausdrücke, von ein Gedicht ein dummes affektierendes Räbles mit der Vorrede reitet, und voll trafen pöbelhaften Wibes oder unverständlichen Galimatias durchlesen kann und mag — der dritte Teil. So schreiben heißt Geschmack und gesunde Kritik mit Füßen treten; und darin hat denn der Verfasser sich diesmal selbst übertrieben. Aus einigen Versen hätte man werden können, aber alles, was dieser Verfasser angreift, wird unter seinen Händen zu Scham und Blas.“ — Der Name des so verrißenen Autors war — Friedrich Schiller und das Produkt, das unseren Zeiten Schande macht, führte den Titel „Rabale und Liebe“.

Die „verwundete“ Kritik. In der „Postischen Zeitung“ war im Sommer des Jahres 1781 folgende Kritik zu lesen: „In Wahrheit wieder einmal ein Produkt, das unseren Zeiten Schande macht. Mit welcher Einnahme ein Mensch das solche Unfug schreiben und drucken lassen, und wie muß es in seinen Kopf und Herz ansetzen, der solche Gebarien seines Geistes mit Wohlgefallen betrachten kann! — Doch wir wollen nicht beklammern. Der 167 Seiten voll eifriger Wiederholungen gottelasterlicher Ausdrücke, von ein Gedicht ein dummes affektierendes Räbles mit der Vorrede reitet, und voll trafen pöbelhaften Wibes oder unverständlichen Galimatias durchlesen kann und mag — der dritte Teil. So schreiben heißt Geschmack und gesunde Kritik mit Füßen treten; und darin hat denn der Verfasser sich diesmal selbst übertrieben. Aus einigen Versen hätte man werden können, aber alles, was dieser Verfasser angreift, wird unter seinen Händen zu Scham und Blas.“ — Der Name des so verrißenen Autors war — Friedrich Schiller und das Produkt, das unseren Zeiten Schande macht, führte den Titel „Rabale und Liebe“.

Danziger Nachrichten

Schneeflocken...

Will der Winter jetzt noch seinen Einzug halten? Der Schnee fiel heute mittag in großen Flocken zur Erde. Ich klopfte meinen Mantelfragen hoch und drückte mir den Hut ins Gesicht. Ich hatte mich schon in der Zeit verrecknet; aber Frühlingsanfang ist ja gerade einen Monat später. Recht seltsam hat sich ja der Winter bisher benommen. Lange genug hatte er schon im Kalender seine Ankunft gemeldet, dann hat er sich aber weiter nicht hören lassen. — Nun bin ich ein Freund von Pöflichkeit, und ich kann's euch ja sagen, ich habe ihm schon heimlich gegrollt, da er sich so lange gar nicht sehen ließ. Da war ich nun heute beruhigt, als er seine Visitenkarte abgab. — Sie ist nicht besonders ausgefallen. Die Erde hat ihr grünes Gewand behalten, ihr fiel es gar nicht ein, ein weißes Kleid anzulegen; wer nicht pünktlich ist, wird eben nicht besonders aufgenommen. Und dann glaube ich, der Frühling hat es ihr angetan. Der kann den weißen Mann gar nicht leiden und wird es ihm nicht verzeihen, daß er seine frühen Kinder, die Schneeflocken und die Weicheln und das erste schöne Grün auf dem Rasen mit seinen kalten Flocken belästigt. Sie werden sich alle rächen. Und ich werde wieder meinen Fragen herunter-schlagen! Warte nur, Winter!

Optanten-Fragen.

Ein neuer Danzig-polnischer Konflikt? Die in Loda erscheinende „Freie Presse“ bringt in großer Aufmachung folgende Meldung:

„Im April sollen bekanntlich zahlreiche deutsche Optanten das polnische Gebiet verlassen. Angeblich sollen viele Deutsche in Pommernrollen die Danziger Staatsbürgerschaft erworben haben, wodurch sie als berechtigt sein würden, auf polnischem Gebiet weiter wohnen zu bleiben. So wird aus Puhja gemeldet, daß im Kreise Puhja etwa 300 Pöfikerfamilien, vor allem auf der Galkinzel Wela, die Danziger Staatsbürgerschaft erworben haben.“

Wie nach hier gemeldet wird, hat die Puhjaer Staatsanwaltschaft Schritte unternommen, um die Danziger Dokumente der deutschen Optanten für unzulässig zu erklären. Die Angelegenheit wurde der Warschauer Regierung zur Entscheidung überwiesen.“

Ueber diese Vorgänge liegt an den zuständigen Stellen in Danzig nichts vor. Die Angelegenheit erscheint auch reichlich unklar, da ja für die Erwerbung der Danziger Staatsangehörigkeit ein fünfjähriger Aufenthalt im Freistaat erforderlich ist und diese Frist bisher auch kaum in so ausgedehnter Maße erfüllt werden konnte.

Der Abg. Maier vor Gericht.

Die Deffentlichkeit hat sich schon wiederholt mit dem Abg. Maier beschäftigt. Unter eigenartigen Umständen trat er aus der deutschsozialen Fraktion aus und schloß sich der Deutsch-Danziger Partei an. Später wurde er in eine nächste Schlageri in der Nähe des Hauptbahnhofes verwickelt, was den Senat veranlaßte, die Aufhebung der Immunität des Abg. Maier beim Volkstag zu fordern. Ob das auch geschehen wäre, wenn Maier eine Regierungspartei angehört, mag dahin gestellt sein. Sein Parteifreund Dr. Blavier erklärte jedenfalls, daß diese Strafverfolgung nur ein Nachschuß für den Austritt der Deutsch-Danziger Partei aus der Regierung sei. Die Mehrheit des Volkstages entschied sich für die Aufhebung der Immunität und so hatte sich Maier, der als Schupo-Beamter in den Volkstag gewählt wurde, sich wegen Körperverletzung gehern vor dem Schöffengericht zu verantworten.

Die Verhandlung hatte eine große Zahl von Zuschauern angezogen. Der Vorfall ereignete sich am 16. Oktober v. J., nachts gegen 2 Uhr, vor einem Café in der Nähe des Hauptbahnhofes. In jener Nacht befanden sich Maier, Dr. Blavier und andere Personen in ein Café, das sie gemeinsam verlassen. Vor der Türe standen der Bankdirektor Weiler und der Ingenieur Franzowski, ersterer soll angegriffen gewesen sein. Ein Zeitungsjunge ging vorüber, der die glückliche Ankunft des Juppelins in Amerika meldete. Einer der Begleiter des Maier rief einen anderen Herrn an, er möge ein Extrablatt kaufen. Der Bankdirektor soll darauf geantwortet haben: „Ihr seid die richtigen Juppelins!“ Das wurde als Beleidigung aufgefaßt, worauf Maier den Bankdirektor zur Rede stellte. Daraufhin habe Weiler zuerst geschlagen. Maier will sich nur gewehrt haben. Als der in Begleitung des Bankdirektors befindliche Ingenieur hinzu kam und dem Angeklagten zurief, er möge doch von W., der schon verletzt war, ablassen, kürzte sich der außerordentlich kräftige Angeklagte auch auf Fr. und verfecht diesem so heftige Schläge ins Gesicht, daß er stark blutete. Dann ließ er dem Bankdirektor nach und schlug noch einmal unheimlich auf ihn ein. Es hatte sich bald eine größere Menschenmenge angesammelt, die mit dem Geringsten der Angeklagten durchaus nicht einverstanden war. Ein von der Bahnhofswache herbeigeeilter Schupo machte der Prägerei ein Ende.

Vor Gericht blieb Maier dabei, daß er zuerst angegriffen worden sei und sich in Notwehr befunden habe. Regierungsrat W. wollte eine verächtliche Handbewegung des Bankdirektors gesehen haben. Ob dieser aber zuerst geschlagen, konnte er sowohl wie auch andere Zeugen nicht mit Bestimmtheit bezeugen. Regierungsrat W. sagte weiter aus, daß die Erregung des Angeklagten insofern sehr erklärlich sei, als sie beide insofern ihrer politischen Parteilichung schon häufig beidseitig worden seien. — Der Zeitungsjunge sagte evs., daß der Angeklagte den Bankdirektor zuerst angegriffen hätte.

Die Angelegenheit läßt auch die Komik nicht ganz vermissen. Weiler wollte, wie er selbst erklärt, Maier erst fordern. Er habe aber dann erfahren, daß Maier nicht satzungsmäßig war. Der Anwalt stellte fest, daß die Angelegenheit mit Politik nichts zu tun hätte, da sich die Beteiligten gar nicht kannten. Die von dem Bankdirektor gemachte, an sich harmlose Äußerung, sei von dem Angeklagten durch allzu großes Mißtrauen offenbar falsch aufgefaßt worden. Doch sei der seltene Angriff des Angeklagten im Gegensatz zu der Äußerung des Bankdirektors als roh zu bezeichnen. Der Anwalt beantragt als Sühne 150 Gulden Geldstrafe bzw. 1 Monat Gefängnis. Der Verteidiger beantragte Freisprechung, da Maier durch die Verprügelung beleidigt worden sei, auch sei Notwehr bezeugt gewesen.

Das Gericht schloß sich dem Antrage des Staatsanwalts an und verurteilte den Angeklagten wegen Körperverletzung zu 150 Gulden Geldstrafe oder 1 Monat Gefängnis. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß die Äußerung des Bankdirektors unter den obwaltenden Umständen als Beleidigung aufgefaßt werden könne. Aber sie sei nicht so schwerwiegend, daß ein tätlicher Angriff dadurch gerechtfertigt erscheine. Es könne auch richtig sein, daß der Bankdirektor eine Bewegung mit dem Arm gemacht habe; dem Angeklagten hätten aber andere Möglichkeiten zur Abwehr zur Verfügung gestanden, als die angewendeten. Die Abwehr sei erheblich zu weit gegangen, insbesondere, wenn man berücksichtigt, daß M. als Schupo ausgebildet worden sei. Er habe sich ohne Körperverletzung vor Angriffen schützen können.

Wenn dieser Grundsat bei allen Gerichtsverhandlungen wegen Mißhandlungen durch Schupo befolgt worden wären, hätte mancher Prozeß zu einem andern Abschluß geführt. Bisher galten Schupausagen vor Gericht als unumstößlich, mochten noch soviel Zivilpersonen das Gegenteil aussagen. Dadurch ist manches Urteil zustande gekommen, das von der Danziger Bevölkerung mit Kopfschütteln genommen wurde. Wir nehmen nicht an, daß in diesem Fall eine Ausnahme gemacht wurde, um Maier aus der Schupo zu entfernen, wo er in letzter Zeit recht unbequem geworden war.

Arbeiter-Bildungs-Ausschuß

Am Montag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, in der Aula der Reichshöchsten Mittelschule, Pönggenstraße 48, Eingang Gertrudenstraße:

Deffentlicher wissenschaftlicher Vortrag Rußland als politisches und welt-politisches Problem

Vortragender: Engelbert Graf, Dozent der Arbeiter-Akademie Frankfurt (Main).

Eintritt 50 Pfennig.

Kartee an der Kasse.

Neue Erhöhung der Krankenhauseätze.

Vor wenigen Wochen erst wurde in der Stadtbürgerchaft ein Kampf des Senats um die Erhöhung der Krankenhauseätze beendet. Vier- bis fünfmal wurden die Anträge des Senats abgelehnt, durch den Unfall der Deutschen Partei erreichte er endlich sein Ziel. Um nun den städtischen Zuschuß zum Krankenhause um 100 000 Gulden zu verringern, sollen die Verpflegungssätze weiter erhöht werden. Ein Ausschuß der Stadtbürgerchaft hat sich bereits damit beschäftigt und beschlossen, die Sätze der 1. Klasse in der bisherigen Höhe zu belassen. In der 2. Klasse soll jedoch der tägliche Verpflegungssatz von 9 auf 10 Gulden erhöht werden. Die Kranken der 1. Klasse sollen statt 4 Gulden in Zukunft 4,50 Gulden pro Tag zahlen. Dieser Beschluß bedarf nach der Bestätigung durch die Stadtbürgerchaft, die sich in einer ihrer nächsten Sitzungen mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben wird.

Frauenturnstunden der Freien Turnerschaft.

Die technische Leitung der Freien Turnerschaft hat es sich zur Aufgabe gemacht, neben dem Männerturnen auch das Frauenturnen durch Abhaltung allgemeiner Bezirksturnstunden zu fördern. Es soll hierbei den Turnerinnen Gelegenheit gegeben werden, sich gegenseitig kennen zu lernen und das technische Können bewährter Vereine in die neu entstandenen Frauenabteilungen der jüngeren Vereine zu verpflanzen. Gutes technisches Können und der wahre Geist einer Arbeiterturnerin sollen Gemeingut aller werden, um die in diesem Jahre geplanten Gruppenturnfeste sowie das Bezirksturnfest zum guten Ausklang zu bringen. Vor allem muß für eine möglichst große Beteiligung an der ersten Arbeiter-Olympiade in Frankfurt a. M. auch in den Reihen unserer Turnerinnen Stimmung gemacht werden. Bei der am letzten Sonntag stattgefundenen Bezirksfrauenturnrunde waren folgende Vereine vertreten: Danzig, Langfuhr, Schidlitz und Heubude. Nach kurzen Begrüßungsworten des Bezirksfrauenturnwartes A. Oheim ging man an die Einübung der Olympiade-Freübungen, die in ihren Spannungs-, Entspannungs-, Zug- und Druck-Bewegungen sich eng an die Ausdrucks gymnastik anlehnen. Bei dem darauf folgenden Geräteturnen konnte man manche ausgezeichnete Leistung wahrnehmen. Eine besondere Gruppe beschäftigte sich mit der Ausbildung weiblicher Kampfrichter, um in Zukunft bei Wettkämpfen auch in dieser Beziehung selbständige Wege zu gehen. Die zum Schluß arrangierten Turnspiele ließen Freude und Heiterkeit freien Lauf. Mit einem kräftigen „Frei-Heil“ fand die erste Bezirksfrauenturnrunde ihren Abschluß. Anschließend versammelten sich die Vereins-Frauenturnwartin zu einer kurzen Beratung, in der das Niegenturnen für Mittelstufe, das am 8. März in Reichshofland stattfinden soll, das erste Gruppenturnfest und das Jahresprogramm zur Sprache kamen.

Märchenabend in Odra.

Das war ein voller Erfolg. Der Saal der Sporthalle konnte die kleinen und großen Märchenfreunde kaum fassen. Jungen und Mädchen jeder Altersklasse waren zahlreich erschienen und warteten gespannt der Dinge, die da kommen sollten. Und ihre Erwartungen wurden nicht getäuscht. Für viele der Kleinen wurde der Abend zu einem Erlebnis, als sie die alten vertrauten Märchengestalten in prächtigen Bildern auf der Leinwand sahen. Selbst Erwachsene konnten an diesen Bildern ihre Freude haben. Der Märchenonkel verstand es ausgezeichnet, die Kleinen für sich zu gewinnen. Er hatte eine dankbare Auhörerschaft. Am besten gefielen die alten Grimmschen Märchen und das lustige ABC. Das war ein herrliches Lernen, alles anders als wie in der Schule. Die überraschend gute Kapelle der Arbeiter-Jugend füllte die Pause aus. Als der Märchenonkel Abschied nahm, macht sich alles frohgemut auf den Heimweg, nachdem vorher das Verpflegen abgegeben worden war, beim nächsten Besuch wieder zu erscheinen.

Danziger Stundebestimmungen vom 22. Februar.

Todesfälle: Invalide Leopold Ränger, 70 J. 3 M. — Fabrikdirektor Hans Penker, 26 J. 5 M. — Agnes Krüger, ohne Beruf, 19 J. 11 M. — Walter Max Arnold, 49 J. 3 M. — Hildegard Saffran, ohne Beruf, 19 J. 8 M. — Sohn des Bildhauers Hugo Romer, 11 M. — Sohn des Arbeiters Friedrich Matern, 5 J. — Witwe Marie Ostrowski geb. Greiter, 79 J. 4 M. — Witwe Johanna Strohbe geb. Raabe, 78 J. 11 M.

Eine Sitzung der Stadtbürgerchaft.

findet wiederum am Dienstag, den 24. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Reichen Saale des Rathhauses, Langgasse, statt. Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung steht zunächst die Fortsetzung der zweiten Sitzung der Haushaltspläne, die nächste kommen zur Beratung die Etats der Seebäderverwaltung, Schulverwaltung in Verbindung mit einem Antrag auf Beschaffung von Lehrmitteln, Fortbildungsschule, Handwerkerlehre, Handels- und höhere Handelsschule, Stadtbücherei, Stadttheater, Stadtmuseum, Uffahnenhaus, Woihschaftsamt, Altersheim Pelonen, Jugendamt, Kinder- und Waisenhaus Pelonen, Jugendhaus, Säuglings- und Mütterheim, Gesundheitsamt, Leibesübungen, Krankenhaus, Arbeits- und Siechenhaus, Polizeikosten, Müllbeseitigung, Straßenreinigung und öffentliche Beleuchtung, Feuerwehr, Hochbauverwaltung in Verbindung mit dem Antrage von Stadtbürgerchaftsmitgliedern betr. Einrichtung weiterer Herren-Badener auf Hafelwerk. Da bisher in jeder Sitzung nur immer zwei bis drei Etats erledigt wurden, dürfte diese lange Reihe noch mehrere Sitzungen beanspruchen. Weiter stehen auf der Tagesordnung: Einführung religionslosen Unterrichts in allen städtischen Schulen. Erneute Beschlußfassung über den Antrag von Stadtbürgerchaftsmitgliedern betr. Gewährung einer einmaligen Wirtschaftshilfe an die Erwerbslosen. Vorarbeiten für einen kommunalen Zentralfriedhof. Anträge von Stadtbürgerchaftsmitgliedern betr. „Soziale Bauhütte G.m.b.H.“ Fortschrittsweise Herausgabe größerer Mittel aus den Haushaltsplänen für 1925 der Hoch-, Tiefbau- und Seebäderverwaltung zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit und Belebung der Wirtschaft.

Bilderver-Vortrag: Karikatur des 20. Jahrhunderts.

Heute, Freitag, abends 7 Uhr, findet in der Aula des Städtischen Gymnasiums, am Winterplatz, der Bildervervortrag: „Karikatur des 20. Jahrhunderts“ statt. Eine Geschichte des vergangenen Jahrhunderts in humorvollen satirischen Bildern, die durch den Vortragenden, Redakteur Voops, erläutert werden. Karten sind an der Abendkasse erhältlich.

Plötzlicher Tod. Der Hausbesitzer Sommerfeld hat im oberen Teile seines in der Tobiasgasse gelegenen Hauses Geschäftsräume an eine Textilfirma vermietet. Einer der Inhaber hat das Lager einem Z. gegeben, nachdem dieser die Gläubiger befriedigt hatte. Mietkontraktlich sollte dem Wirt des Hauses die Ware bis zur Mietzahlung verpfändet sein. Trotzdem liehen Z. und Frau mehrere Kisten Stoff herunter-schaffen, was der Wirt bemerkte. Da Z. sein Vorhaben auf Aufforderung nicht aufgeben wollte, kam es zu einem lebhaften Streit. Der Hund des Z. fiel darauf S. an und biß ihn in den Oberarm. S. machte noch einige Schritte und fiel tot nieder. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht. Die Angelegenheit wird von der Kriminalpolizei weiter verfolgt.

Neuanführung im Stadttheater. Für Sonnabend, den 21. Februar, ist die Erstaufführung des Schwanks „Der wahre Jakob“ angeetzt. Das Werk ist seit seiner Uraufführung im Berlin Repertorium aller Bühnen geworden und erregt überall Stürme der Heiterkeit. Die Aelkolliepielt Erich Sterned, die weibliche Hauptrolle Maria Koch. Das Stück wird von Karl Klemer in Szene gesetzt. — Am Sonntag absolviert Charlotte Wiered, die hochdramatische Sängerin der Staatsoper in Dresden, ein einmaliges Gastspiel als „Lolca“. Der Sängerin, die hier in Danzig noch ganz unbekannt ist, geht ein ausgezeichnetes Ruf voraus.

Aus dem Fenster gekürzt. Der Korrespondent Johannes Sikorra kam stark angetrunken nach Hause und lehnte sich aus dem Fenster. Dabei stürzte er aus der ersten Etage auf den Hof. Er erlitt Kopfverletzungen und einen Armbruch.

Für die 1. Arbeiter-Olympiade. Die Turnerinnen-Abteilung der Freien Turnerschaft schließt verankaltet am Sonntag, den 29. März, im Vertisportklub einen bunten Abend. Der Zweck ist, einzelnen Danziger Genossen den Besuch der Olympiade, die bekanntlich in Frankfurt a. M. stattfindet, zu ermöglichen. Die Abteilung verspricht, mit einem guten Programm aufzuwarten.

Postanweissungsverkehr mit Oesterreich in neuer Währung. Mit Wirkung vom 1. März 1925 ab wird im Bereich des österreichischen Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens allgemein die Schillingrechnung eingeführt. Ein Schilling ist gleich 10 000 österreichischen Kronen und wird in 100 Groschen eingeteilt. Aus diesem Anlaß sind vom 1. März 1925 ab die Postanweisungen nach Oesterreich in Schilling und Groschen auszustellen. Höchstbetrags 1000 Schilling. Bruchteile eines Groschens sind nicht zugelassen. Der Einzahlungskurs ist einstuweilen unter Quarantelenhaltung des bisherigen Einzahlungskurses von 100 000 österreichischen Kronen — 7,60 Gulden auf 100 Schilling — 76 Danziger Gulden festgesetzt werden. Vom gleichen Tage ab werden die Postanweisungen (sowohl städtische und telegraphische nebst Einzahlungsmeldungen) aus Oesterreich nach der Freien Stadt Danzig nicht, wie bisher, in österreichischen Kronen, sondern in Danziger Gulden und Pfennigen (Höchstbetrags 700 Gulden, keine Erhöhung auf 1000 Gulden ist bei der österreichischen Postverwaltung angeregt worden) ausgestellt werden.

Die der Milchknappheit abzuwehren wird. Die Weiberfrau Waisilde Gfener in Renfähr verkaufte von ihrem Hause ab frühe Milch. Sie wurde durch Zufall von Wasser gekreuzt. In ihrer Entscheidung gab sie an, daß die Milch damals knapp war und sie dieselbe etwas vermehren wollte. Das Schöffengericht verurteilte sie wegen Milchverfälschung zu 20 Gulden Geldstrafe und Bekanntmachung der Bestrafung an der Gemeindefafel in Renfähr.

Der Verkehr im Hafen.

Eingang. Danziger D. „Fregat“ von Liban leer für Behnte u. Sica, Hafenanal; deutscher D. „Mafuren“ von Pillan leer für Ganswindt, Hafenanal; deutscher D. „Doris“ von Königsberg leer für Wolff u. Co., Breitenbach-Brücke; deutscher D. „E. C. Frohne“ von Stralsund mit Gütern für Prowe, Hafenanal; deutscher D. „Trave“ von Dresden mit Gra für Behnte u. Sica, Freibezirk; am 22. Februar: dänischer D. „Evanbild“ von Kopenhagen mit Rehl für Reinhold, Freibezirk; Danziger D. „Lothar“ von Königsberg leer für Behnte u. Sica, Hafenanal; Remeler D. „Stefanie“ von Remel leer für Reinhold, Hafenanal; dänischer D. „Eiber“ von Kopenhagen mit Gütern für Reinhold, Freibezirk; dänischer D. „Niels Ebbesen“ von Kopenhagen mit Gütern und Passagieren für Reinhold, Hafenanal.

Ausgang. Am 19. Februar: Letzlicher D. „Sigid“ nach Sekagors mit Sprit für Danziger Schiffahrtskontor; Letzlicher D. „Raija“ nach Riga mit Gütern für Reinhold; schwedischer D. „Egil“ nach Stockholm mit Gütern für Behnte u. Sica; deutscher D. „Bolten“ nach Antwerpen mit Kisten Schwellen für Danziger Schiffahrtskontor; am 22. Februar: deutscher D. „Ariadne“ nach Königsberg mit Gütern für Wolff u. Co.

Das Leben des Seemanns.

Der brave Bürger des Festlandes hat meist sehr eigenartige Vorstellungen vom Leben eines Seemanns. Aus spannenden Seemannsromanen und Reiseberichten und aus sehr stimmungsvoll gehaltenen Kritiken gewisser Zeitungen, die oft mit dem Motto beginnen „Seefahrt ist Tod“, hat er den Seefahrer mehr oder minder als einen Menschen schätzen gelernt, der ein an Abenteuer reiches Leben führt, herrliche Reisen in alle Welt unternimmt und manchmal sogar mit Schätzen aus exotischen Ländern beladen heimkehrt. Wenn der begüterte Landbewohner sich auf einem Salon- oder Yacht-Schiff in einer Erholungskreuzfahrt ergeht, kann er auch bisweilen denken, daß „diese Kerls“, die die Schiffsbefehle bilden, doch eigentlich ganz schön in den Tag hineinzuleben und kostlos fremde Länder und Menschen kennen lernen, während er selbst dafür ordentlich bleichen muß. Es wird nicht viele aus den Kreisen der 1. und 2. Klasse der Vergnügungsdampfer bewillkommene Leute geben, die bei dieser Gelegenheit sich mal mit dem Studium der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Seeleute befassen. Dank der recht einseitigen Darstellungen über das Seemannsleben hat ja auch die Jugend eine mehr romantisch gefärbte als wirklichkeitsgetreue Auffassung von diesem Beruf. Die folgenden Sätze sind dann oft recht unerquicklich. Dem Seemannsberuf, wie er ist, seien deshalb einige Zeilen gewidmet.

Auf ewig schwankendem Boden.

Das Schiff ist das eigentliche „Juhar“ des Seemanns. Es kann es für Jahrzehnte hindurch mit wenigen Unterbrechungen sein. Nur wenige werden zu Lande denken, was das heißt. Aber gibt es ein Familienleben für den Seemann? So wie es andere Bürger kennen, gewiß nicht. Er lebt, dann muß er zur See fahren. Romantiker, die noch viel länger, berührt er nicht den Seemannsberuf. Nur in Gedanken und Briefen ist er dann mit seinen Lieben verbunden. Kommt er aber nach langer Reise mal zurück, dann verläßt doch auch nur auf ein paar Tage, es sei denn, das Schiff muß zur Reparatur, oder er wird arbeitslos. In der Seemanns-Immunität dann gibt es für ihn wenige von den Abwechslungen, die das Leben in einem Kulturstaat erfüllen kann. Musik, Theater, gesellschaftliche Freuden usw. scheiden fast ganz für ihn aus. Mit der Politik und den sonstigen Betreibungen im Staat ist er nur lose verknüpft; nur unregelmäßig bekommt er Zeitungen und kann er sich auch das Interesse daran, wenn der Gedankenanstausch nicht möglich ist und sein schwerer Beruf ihn gleichsam vom Landleben absondert. Die paar Tage Urlaub, die ihm gewährt werden können, bedeuten nichts. Hat er aber nicht dafür den Genuß, die Eigenarten und Schönheiten seiner Länder in sich aufzunehmen? Nun, dieser Genuß ist meist ein sehr beschränkter. Früher bekamen die Seeleute keineswegs in fremden Häfen ohne weiteres die Erlaubnis, nach ihrer Arbeitszeit an Land gehen zu können. Eine Besserung ist hier erst nach tariflichen Abmachungen erfolgt. Aber von der Einschränkung des Kapitans oder des Schiffseigners hängt noch immer viel ab. Bei so geringer Beweglichkeit verbleibt dem Seemann nicht viel Freude am Sammeln von Eindrücken an fremden Gestaden. Er sieht gleichsam immer nur die äußere Schale des Lebens. Nach langer Reise, vielleicht beschwerlicher Art, ist er froh, seine Füße mal unter den Tisch einer schattigen Besatzung zu können. Das wissen auch die Wirte der Hafenweiben.

Sozial und Speisefrage.

Wenn die Einrichtung moderner Dampfer in immer stärkeren Maße über die Welt verbreitet wird, dann ist man mit Recht erkrankt über die Unbilligkeit, Unmenslichkeit und Sauberkeit der Aufenthalts-, Speise- und Wohnräume der Passagiere. Die Frage, wo und wie die Schiffsmannschaft untergebracht ist, wird freilich nur selten gestellt. Zielsetzt würde sie auch, manchen Reeder etwas in Verlegenheit bringen. Angeht es nicht, daß auf großen modernen Schiffen die Sozial besser geworden sind. Aber auf den kleineren Schiffen steht es damit betrüblich aus. Inzwischen, dreißig Jahre in einem Raum, der auf dem Lande für fünf bis sechs Mann zu begrenzt wäre, ist gar nicht selten. Es gibt auch Schiffe, wo es gar nicht möglich ist, die gesamte Besatzung gleichzeitig unterzubringen, wo man also nur nacheinander damit rechnen darf, daß sich ein Teil der Besatzung im Aufenthaltsort befindet.

Ein Lebenskapitel für Seeleute ist auch die Gesundheitsfrage der Speisefrage. So wird im Seemannsleben die früher allein vom Reeder, jetzt durch Tarife festgesetzte Versorgungsfrage für die Mannschaft genannt. Mit dieser Speisefrage hatte es vor dem Kriege eine eigene Bedeutung. Eine Kontrolle der an Bord genutzten Lebensmittel war den Seeleuten nicht eingeräumt. Erst durch die Einrichtung der seemannslichen Berufsverbände ist es damit besser geworden. Schlichte und zu geringe Verpflegung war an der Tagesordnung. Salzfleisch und zäher Bismarckbraten bildete die Hauptkost. Auch jetzt sind noch nicht die billigen Verbesserungen der Seeleute erfüllt, trotzdem im August 1922 eine neue Speisefrage eingeführt worden ist.

Das Seemannsrecht der Seeleute. Rechte und Pflichten der deutschen Seeleute sind durch die sogenannte Seemannsordnung vom 2. Juni 1903 geregelt. Diese Seemannsordnung beginnt mit den Worten: Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, Deutscher Kaiser, König von Preußen, verordnen usw. — und ist noch heute in Kraft, trotz der Revolution. Die Rechte des Seemanns sind überaus wenig, dagegen die Pflichten sehr umfangreich. Nicht weniger als 33 Paragraphen beinhalten die Strafen, die über den Seemann verhängt werden können. Eine Begrenzung gegen den Vorgesetzten kann auf offener See schon als „ungehörliches Betragen“ angesehen werden, und bis zum Begriff der Meuterei ist es ja dann gar nicht so weit. In solchen Fällen kann es drakonische Strafen geben.

manches hat überaus wenig, dagegen wimmelt es in den Gesetzen von Pflichten und „Miß“-Vorkehrungen. Nicht weniger als 33 Paragraphen beinhalten die Strafen, die über den Seemann verhängt werden können. Eine Begrenzung gegen den Vorgesetzten kann auf offener See schon als „ungehörliches Betragen“ angesehen werden, und bis zum Begriff der Meuterei ist es ja dann gar nicht so weit. In solchen Fällen kann es drakonische Strafen geben.

Ist für den Seemann in sozialer Weise gesorgt?

Der Seemann steht auch hier unter einem Ausnahmestande, nicht nur rechtlich. Er erscheint unglücklich, daß es zum heutigen Tage die Seeleute keine Krankenversicherung geben. Schluß ist er und seine Familie dem Elend preisgegeben, wenn er das Schiff hat auf längere Zeit nach der Abmusterung zu erkranken. Woher soll er die Mittel zu einer erfolgreichen Selbstbehandlung nehmen? Ja, der Seemann verdient doch täglich Geld und kann sich etwas zurücklegen! Das stimmt nun ganz und gar nicht. Von Ersparnissen bei Seeleuten kann also keine Rede sein; erst recht nicht bei Arbeitslosigkeit, wie sie gerade jetzt wieder vorhanden ist. Schon ein oberflächliches Betrachten des Seemannsberufes muß bei einigermaßen sozialer Einstellung zu der Auffassung gelangen, daß die Seeleute als erste Anspruch auf weitgehende soziale Fürsorge haben. Die Männer, die im ewigen Kampf mit Naturgewalten stehen und täglich um ihr Leben aufs Spiel setzen, dabei aber von dem, was das Leben lebenswert macht, mehr entbehren als jeder andere, sollten wenigstens die Gewissheit haben, daß für sie und ihre Familie gesorgt ist, wenn sie ihre Arbeitskraft nicht ausüben können. Wenn einmal allein von den deutschen Seemannern in vier Wochen 60 Tote von deutschen Schiffen gezählt wurden, die aus dem Meere von Unfällen und Schiffstatistiken zu setzen sind, dann beleuchtet das schlagartig die großen Gefahren, die das Leben des Seemanns umgeben. Die Forderung der Seeleute auf fortschrittliche Prüfung der Seetüchtigkeit der Schiffe, genügende Besatzung und Erweiterung der Schiffsbestimmungen haben deshalb größte Berechtigung. Die Reedereinteressen lassen sich aber auch heute noch vielfach von der echt kapitalistischen Gesinnung leiten, die im Jahre 1904 in der Reichsliste für Reedereinteressen, „Die Dania“, in die brutalen Worte gekleidet wurde: „Die Reederei ist zum Geldverdiensten da und soll nicht dienen als Versuchungsobjekt für alle möglichen sozialpolitischen Experimente“. Auch heute haben die Reeder und ihre Trabanten wieder in das gleiche Horn.

Übermals Bergmannstod!

Drei Bergleute auf Thoben-Grube tödlich verunglückt. Auf der am Thoben-Konzern gehörenden Grube „Behofen“ hat sich am Dienstagabend ein folgenschweres Verunglück ereignet. Als die beiden 20 Jahre alten ledigen Bergleute Josef Wlmaner und Wilhelm Hoppe nach Vornahme einer Erkundung durch den Schichtmeister wieder auf ihren Arbeitsposten zurückkehren wollten, stießen sie in offener Nachtstunde und wurden getötet. Vier weitere Bergleute, die den Kameraden an Hilfe eilen wollten, fielen ebenfalls den Knochensplittern zum Opfer. Darauf schickte man die Rettungsmannschaft, die sofort bei den 6 Verunglückten Wiederbelebungsversuche anstellte. Die beiden bei Wlmaner und Hoppe erfolglos blieben, während die vier anderen Bergleute mit dem Leben davontamen. — Auf der gleichfalls am Thoben-Konzern gehörenden Grube „Ladbera“ bei Dinslaken wurden 2 Bergleute von einem herunterfallenden Stück Sperrholz so unglücklich getroffen, daß einer von ihnen sofort tot war, während dem anderen beide Beine abgenommen werden konnten.

Die Stellenreise eines Berliner Briefes.

Ein Berliner Geschäftsmann sandte Ende vergangenen Jahres einen eingeschriebenen Brief an eine Firma in Bonn am Rhein. Ende Januar erließen die Abender ihren Brief zurück, ohne daß aus dem Umschlag so recht hervorzugehen, weshalb dieser Brief nicht befreit worden ist. Näheren Aufschluß gab erst die Karte des Kuriers, wo neben dem gewöhnlichen Berliner Poststempel Stempel aus Rom und Mailand sich breit machten. Und so konnte es nun keinem Zweifel mehr unterliegen, daß der Brief eine ungewöhnliche Reise hinter sich hatte. Zur genaueren Aufklärung dieser rätselhaften Angelegenheit wandten sich die Abender an die Oberpostdirektion. Sie fragten, weshalb ihr Brief, wenn man ihn schon eine Stellenreise machen ließ, nicht hinterher weiter in Bonn gelandet sei. Überdies war der Brief längst als verlorengegangen registriert worden. Die Oberpostdirektion gab für das Versehen folgenden Grund an: „Die Stellensendung des nun anliegenden Umschlages geschriebenen Einschreibebriefes nach Rom ist auf die unbenutzte Schreiwiese des Bestimmungsortes Bonn zurückzuführen. Der Brief ist bis zur Ankunft in Rom durch verschiedene Hände gegangen, und sämtliche beteiligten Beamten haben den Bestimmungsort für Rom gelesen. Daß der obere Umschreibebrief verlesene Brief nach seiner Rückkunft nicht nachträglich nach Bonn geleitet, sondern Ihnen zugeschickt worden ist, beruht auf einem bedauerlichen Versehen, das entsprechend gerügt worden ist.“ Im allgemeinen legen die heutigen Postbeamten bei der Entschlüsselung unleserlicher Einschreibebriefe eine recht große Geschicklichkeit an den Tag. Diesmal hat sie aber von ihren römischen Kollegen übertrumpft worden. Denn es waren die Italiener, die dem Kurier den Vermerk gaben: „Vorz Bonn, Germania“.

Um die Unfruchtbarmachung geistig Minderwertiger.

Entmündigungsverfahren gegen Dr. Bötters. Gegen den Regierungs-Medizinalrat Dr. Bötters ist im Zusammenhang mit einer öffentlichen Beamtenbeleidigung ein Entmündigungsverfahren eingeleitet worden. Mit diesem Verfahren will man Böttersche Propaganda bezüglich der „Unfruchtbarmachung Minderwertiger“ unterbinden. Bekanntlich ist Bötters seit dem Jahre 1922 für die freiwillige bzw. zwangsweise Sterilisierung geistig und sozial Minderwertiger, aus rassehygienischen Gründen eingetreten.

Nach den Angaben Dr. Bötters sollen in Zwidaun und Umgebung auf seine Anregung hin auch tatsächlich zahlreiche „Sterilisationen“ unternommen worden sein. Erhebungen in Zwidaun erwiesen jedoch die Bötterschen Angaben bezüglich der Zahl der Sterilisationsfälle als übertrieben und die Anführung Prof. Kraus und Dr. Burghardt als praktizierende Anhänger seiner Ideen, als einen Mißbrauch ihrer Namen. Die Frage, ob Bötters, der sich auch auf „Geschäftsgeheimnisse“ beruft, noch mit anderen, von ihm nicht genannten, Ärzten und Behörden zusammenarbeitet hat und Sterilisationen angeregt hat, bleibt noch zu klären.

Damit, daß Bötters jetzt unmündig erklärt wird, ist nun der menschlich sehr bedauerliche Fall Bötters erledigt.

Auf seinen Hinweis hatte das sächsische Gesundheitsamt vorgeschlagen, im Strafgesetzbuch im 17. Abschnitt (Körperverletzung) hinter § 224 folgenden § 224a einzufügen: „Eine Körperverletzung liegt nicht vor, wenn jemand durch einen Arzt zungunfähig gemacht worden ist, der an einer geistigen Krankheit, einer dieser gleich zu erachtenden geistigen Erblindung oder an einer sonstigen schweren vererblichen Veranlagung leidet oder gelitten hat, die nach dem Gutachten dreier hierfür amtlich anerkannter Ärzte mit großer Wahrscheinlichkeit schwere Erbschädigungen seiner Nachkommen erwarten läßt. Der Eingriff muß mit seiner Einwilligung oder bei Unmündigen mit Einwilligung des gesetzlichen Vertreters und in beiden Fällen mit Zustimmung des Vormundschaftsgerichts vorgenommen sein. Als Gutachter kann nur ein Psychiater und ein in Eugenik und Rassenhygiene erfahrener Arzt gelten.“ Dieser Gesetzesentwurf wurde an das Reichsjustizministerium weitergegeben.

Die Höhle des Todes.

Achtshundert Skelette sind kürzlich in einer Höhle in der Nähe von Benham in dem nordamerikanischen Staate Virginia gefunden worden. Man nimmt an, daß sie die Überreste einer englischen Kolonie sind, die von den Indianern ermordet wurde. Die englischen Kolonisten landeten im Juli 1587 auf der Roanoke-Insel an der Küste von Virginia. Ihr Führer, John White, war der erste Gouverneur dieser virginischen Siedlung. Er kehrte nach England zurück, um neue Vorräte zu holen, und als er 1590 wiederkehrte, fand er die Roanoke-Insel verlassen. Von der Kolonie war keine Spur zu finden. Die achtshundert Skelette werden auf ein Alter von annähernd 400 Jahren geschätzt. Die Länge der Zeit, die die Knochen in der Höhle gelegen haben, und der Zeitpunkt des Verschwindens der englischen Kolonie stimmen sehr gut zusammen, so daß die Annahme, man habe es mit den Überresten jener englischen Kolonie zu tun, sehr viel Wahrscheinlichkeit für sich hat. Auch die Zahl der Skelette stimmt mit der Zahl der englischen Kolonisten von damals ungefähr überein. Man hält es für möglich, daß die englischen Siedler von den Indianern in die Höhle getrieben und dort eingeschlossen gehalten wurden, bis sie elend umkamen.

Tragdie zweier Schwestern.

Aus Paris meldet das „S. L.“: Das Recht zu töten, das in dem tragischen Falle der polnischen Künstlerin Irminka Kürzlich von den Pariser Geschworenen durch Freispruch anerkannt wurde, soll bald noch einmal vor dem Gericht diskutiert werden. Eine junge Näherin hat sich weinend der Polizei gestellt, weil sie die hoffnungslos erkrankte Schwester auf ihr Bett erschossen hat. Die Schwestern lebten zusammen; die Näherin sorgte für den Unterhalt der Kranken, die dem Tode verfallen war. Nach monatelangem Hin- und Herlegen lieh die ältere Schwester an, ihr Erlösung zu geben. Die Näherin lehnte erst die Bitte ab, da es ihr an Mut fehlte, beschloß dann aber, mit der Schwester zusammen zu sterben. Sie ließ die Kranke an, setzte sie in einen Schemel und gab ihr ein schönes Buch in die Hand, an dem sie sich so oft erfreut hatte. Dann küßte sie die Schwester, und die ältere schloß der Kranken eine Revolverkugel in den Hinterkopf. Danach richtete sie die Waffe gegen sich selbst. Aber die übrigen Schüsse verfehlten, worauf sich die unglückliche Wöberin zur Polizei begab und ihre Tat anzeigte. Es ist kaum zu bezweifeln, daß sie auch von der Anklage des Mordes freigesprochen werden wird, wenn der Fall zur Verhandlung kommt.

Exkurs in amerikanischen Mädchenschulen. In verschiedenen Gemeindefürsorge-Kommissionen ist in den oberen Klassen der Vorkenntnisse eingeführt worden. Die Mädchen werden in Angriff, Abwehr und Schattenspielen befaßt, um später sich auch gegenüberstellen zu werden und miteinander zu hexen. Das Vorgehen ist nicht obligatorisch, aber die Mädchen bringen sich an den Kurien, die mehrmals in der Woche stattfinden. Dennoch: Heber nicht!



Kohlenmarkt
14-16

PASSAGE-THEATER



Kohlenmarkt
14-16

Nur noch 3 Tage

Bei mir — Niagara 7 Akte

Wenn du reingehst hast du weg mit Edgar Allan. — 5000 Personen sind bereits im Passage-Theater vor Lachen geplagt. Wer noch Lachen will, muß sich aber beeilen, da der Film nur noch bis Montag läuft.

Sonnabend und Sonntag ab 2 1/2 Uhr: Kindervorstellung. Eintritt pro Kind 1,-. Damm. Sudd.

